

Der Abschiedshaushalt von Grün-schwarz:

In der Finanzpolitik liegt der Fokus am Ende des Jahres: die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt der kommenden zwei Jahre. Während die Steuereinnahmen weiter steigen, aber hinter dem früher angenommenen zurückbleiben, tut sich die Koalition extrem schwer, die notwendigen Schwerpunktsetzungen durchzuführen. Das sieht man schon daran, dass sie sowohl die maximal mögliche Neuverschuldung von 1,4 Mrd. ausnutzen, als auch die Zuführungen an den Versorgungsfonds für zukünftige Pensionslasten nahezu auf null reduzieren. Das ist keine generationengerechte Politik!

Maximale Schuldenaufnahme

Nachdem im Frühjahr der eigenen Gutachter, den man nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Beurteilung des eigenen Haushaltsgebahrens eingesetzt hat, noch verfassungswidriges Verhalten bescheinigt hat, lässt man sich nicht beirren und greift nochmal in die Vollen. Obwohl man schon 900 Millionen Mehrschulden im Entwurf vorgesehen hat, nutzt man die aufgrund der Wirtschaftslage nochmals gestiegenen Möglichkeiten in den Beratungen ein halbes Jahr später voll aus. Und dazu verändert man noch die Tilgung der Corona-Schulden derart, dass man in den nächsten Jahren weniger, dafür in 15 Jahren mehr tilgen muss.

1000 ganz legale Haushaltstricks

Auch dies also zulasten kommender Generationen. Die grün geführte Landesregierung löst früher gebildete Rücklagen auf für den letzten Kretschmann-Haushalt. „Nach mir die Sintflut“, das Motto herrscht wohl im Staatsministerium – auch ein Zeichen, wie man dort die Chancen des grünen Wunschnachfolgers einschätzt. Und das alles mit Billigung der CDU.

Haushalt bläht sich immer weiter auf – und auch die Stellenzahl

Das Haushaltsvolumen erhöht sich immer weiter, und so auch die Zahl der Stellen. Mehr als 3000 Neustellen sind es wieder in diesem Doppelhaushalt, und beileibe nicht nur die immer ins Schaufenster gestellten Lehrer- und Polizistenstellen. Insbesondere in den Landesbetrieben hat diese Regierung massive Mehrstellen geschaffen, während in den Ministerien die Abendsonne scheint: im Vergleich sehr viele Beförderungen und damit verbundene Stellenhebungen. So reduziert grün-Schwarz nicht nur die Vorsorge und macht massive Neuschulden, sondern sorgt auch für deutlich höhere Pensionslasten in der Zukunft.

Und wir haben sinnvolle Veränderungsvorschläge gemacht: Eine Absenkung der Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5%, um den Wohnbau anzukurbeln. Schließlich spüren wir überall die Wohnungsnot. Oder die Anhebung der Besoldung der Grundschullehrerinnen und -lehrer auf A13, damit wir im Wettbewerb mit den Nachbarländern Hessen und Bayern bestehen können, die das längst so machen. Oder einfach weniger Schulden zu machen, in dem man aus Schulden finanzierte Rücklagen auflöst. So viel Kreativität war aber wie erwartet zu viel für die grün-schwarze Koalition. Wir brauchen dringend mehr Mittel in die Straßen- und Brückensanierung sowie für längst fällige Ortsumgehungen.

ANSPRECHPARTNER



Frank Bonath MdB

Sprecher für Finanzen,
Liegenschaften und Beteiligungen

frank.bonath@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9200



Rudi Fischer MdB

Sprecher für Haushalt

rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9310



Stephen Brauer MdB

stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9300



Sebastian Haag

Parlamentarischer Berater

sebastian.haag@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9022

IM FOKUS:

Grundsteuer

Alle Jahre wieder. Schon seit 2020 beschäftigt den Landtag die für verfassungswidrig erklärte Grundsteuer und die unselige Umsetzung der grün-schwarzen Landesregierung. In diesem Jahr stehen nicht mehr die Messbescheide in Vordergrund, sondern die Umsetzung durch die Kommunen – und damit die zukünftige reale Steuerlast. Und es tritt wie erwartet ein: plus 300 % Grundsteuer sind in manchen Großstädten aufgerufen worden! Und für die, die nun im

Übermaß belastet werden, haben die Kommunen noch nicht mal eine Härtefallregelung an der Hand, um das abzufedern. Wer den Wert seines Grundstücks falsch eingestuft sieht, wird auf teure Gutachten verwiesen, die er – so die aktuelle Rechtslage, auch noch alle sieben Jahre wiederholen muss. Die Ungerechtigkeiten dieser grün-schwarz lackierten Vermögensteuer durch die Hintertür werden nun Realität.

INITIATIVEN

- » Situation der grün-schwarzen Grundsteuer im Jahr vor der Einführung [Drucksache 17/6181](#)
- » Debatte: Grundsteuer-Hammer endlich transparent: Vervielfachung der Steuerbelastung durch grün-schwarze Grundsteuer [17_0106_23102024.pdf](#)
- » Auswirkungen des Jahressteuergesetzes des Bundes auf Baden-Württemberg, insbesondere auf Sportvereine und für Sportstätten sowie auf den Bildungsbereich [Drucksache 17/7341](#)
- » Griff in die Pensionskasse? Die Absenkungspläne der Landesregierung bei den Pensionsabsicherungsinstrumenten [Drucksache 17/7567](#)
- » Bearbeitungszeiten von Beihilfefällen beim Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg [Drucksache 17/7211](#)
- » Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung der EnBW [Drucksache 17/????](#)

ARBEITSKREIS



ANSPRECHPARTNER

Frank Bonath MdL
Rudi Fischer MdL
Stephen Brauer MdL